

Keine neue fossile Infrastruktur! - Gas-Terminal auf Rügen Stoppen

Wir können den Schritt der Bundesregierung, LNG-Terminals auf Rügen zu einzurichten nachvollziehen.

Wollen jedoch Gründe nennen, warum ein nachvollziehbarer mittelfristiger Hintergrund hier zu einem falschen Ansatz führt, der für uns nicht mit den Werten der Sozialdemokratie vereinbar ist. Mit dem langfristigen Ausstiegs RWE's¹ und der Anhörung eines SPD-Gemeindevertreters von Rügen ist der Zeitpunkt gekommen, die Rolle der SPD in der Klimawende stärker zu reflektieren.

Worauf wir hier eingehen wollen lässt sich in folgenden Thesen zusammenfassen:

Als SPD haben wir langfristig **die Klimawende sozial zu übersetzen**, statt durch neue fossile Infrastruktur eine jahrzehntelange Hinauszögerung "in Zement zu gießen"².

Als SPD stehen wir in der Pflicht **klar in Worten und Taten zu kommunizieren**, statt Bürger*innen und Wirtschaft mit der falschen Hoffnung zu täuschen weitermachen zu können wie bisher, während politisch auf erfolgreiche Forschung bezüglich massentauglichen Wasserstoffs mit weniger Übertragungsverlust hinsichtlich der Energie spekuliert wird.

Gegenwärtig stehen wir als SPD in der Verantwortung, **mehr Demokratie auch immer vor Ort zu wagen**. Die Terminals einer zentralisierten fossilen Gasversorgung sind nicht ausreichend durch Mitbestimmung und Absprache mit den Inselbewohner*innen gedeckt und werden es im Laufe der Klimakrise vermutlich um einiges schwerer haben sich zu legitimieren.

Vor Ort mehr Demokratie wagen

Am Mittag des 08.05. wurde die Petition des SPD-Gemeindevertreters Marvin Müllers im entsprechenden Ausschuss des Bundestags vorgetragen.³ Gut 61.000 Petent*innen haben ihre Bedenken damit zum Ausdruck gebracht. Die Sitzung mit dem abschließenden Votum wurde LIVE übertragen und ist dauerhaft einsehbar.⁴

¹ NDR(29.04.2023): LNG-Terminal vor Rügen: RWE will aussteigen. Online verfügbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/LNG-Terminal-vor-Ruegen-RWE-will-ausst-eigen.lng756.html>

² Müller, Marvin(27.02.2023): Keine Aufnahme der geplanten LNG-Terminals vor der Küste Rügens in das LNG-Beschleunigungsgesetz. (Petition 146836) Online verfügbar unter: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2023/_02/_27/Petition_146839.nc.html

³ tagesschau(08.05.2023): Rügener LNG-Terminal-Gegner sprechen vor Petitionsausschuss. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/regional/mecklenburgvorpommern/ndr-ruegener-lng-terminal-gegner-sprechen-vor-petitionsausschuss-100.html>

⁴ Deutscher Bundestag (08.05.2023): Petitionen zu LNG-Terminals vor der Küste Rügens und „Balkonkraftwerke“. Online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw19-pa-petitionen-945942>

Zur Debatte standen nicht nur Begründungen und Konsequenzen für das Vorhaben an sich (auf die im letzten Unterpunkt eingegangen wird). Einleitend und Abschließend am deutlichsten unterstrichen hatte Marvin Müller die mangelnde Mitbestimmung der Bewohner*innen vor Ort.⁵ Es scheiterte an klarer Kommunikation mit den entsprechenden Akteuren vom Beginn der Planung bis zum aktuellen Auftakt der Umsetzung.

Daher sollte es eine Forderung an unseren Kanzler und seinen Wirtschaftsminister sein, unabhängig von unseren politischen Ziele, auf die Menschen vor Ort zuzugehen und in einen wirklichen Diskurs mit den entsprechenden Vertreter*innen zu gehen.

Klar kommunizieren

Genauer: Klar aus der Politik kommunizieren, dass eine Umstellung auf Wasserstoff derzeit unmöglich und für die Zukunft hoch spekulativ ist.

Dass Einschränkungen, sowie Opferbereitschaft in der Transformation unvermeidlich und ein Vorgehen mit einem deutlich erkennbaren gutem Beispiel unerlässlich sind.

Der Plan, LNG-Terminals auf Wasserstoff umzurüsten, ist laut Fraunhofer-Institut ungewiss.⁶ Wie auch in unserem Positionspapier zur Wärmewende, ziehen wir es daher vor, weder Industrie noch Bevölkerung mit falschen Hoffnungen zu verunsichern und stattdessen die Möglichkeiten, welche sich bereits technisch bewährten, stärker zu forcieren.

Die Findung von Mehrheiten in der Ampel-Koalition und in den (meist südlichen) Landesregierungen ist nicht immer leicht. Dies ist uns bewusst. Umso wichtiger, dass diese Tatsache ebenfalls klar kommuniziert wird und wir uns und unseren Wähler*innen nicht vorgaukeln Flüssiggas sei ebenfalls eine "Brückentechnologie" oder dass dadurch gar "ein guter Tag fürs Klima" getan werde. . Es schwächt nur Haltung und Selbstachtung in den Verhandlungen, die uns noch bevorstehen. Beides kanalisieren wir aus dem Vertrauen der Bürger*innen.

Wie die GRÜNEN in Lützerath, so verraten auch wir unsere Bündnispartner (und taten dies bereits), wenn wir einen unvorteilhaften Kompromiss nicht deutlich als Scheitern kommunizieren, wo er es zweifelsfrei ist.

Die Klimawende sozial übersetzen

Erst die Setzung von Rahmenbedingungen und klare Konfrontation mit den Möglichkeiten setzt Transformation und Innovation in Bewegung.

Im Ausschuss waren vor allem zwei der erläuterten Hintergründe für die LNG-Terminals im Norden absolut nachvollziehbar. Zum einen die Lieferbarkeit aus dem Norden in den Süden, um die eigene Versorgung im Winter mittelfristig zu sichern. Zum anderen die Anschlussmöglichkeit an die osteuropäischen Länder, welche im kommenden Winter voraussichtlich ebenfalls einen Gasmangel kompensieren müssen.⁷

⁵ aus der oben genannten Übertragung: 07:40 - 09:40

⁶ Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI (03.11.2022): Haben LNG-Terminals eine klimaneutrale Zukunft? (Presseinformation). Online verfügbar unter: <https://www.isi.fraunhofer.de/de/presse/2022/presseinfo-25-lng-terminals-wasserstoff-ammoniak.html>

⁷ aus der Übertragung: 11:57 - 12:50

Wir sehen darin einen gut gemeinten, langfristig jedoch schlecht gemachte Übersetzung der Klimawende.

Zunächst einmal schließen wir uns der Kritik der Petition im Wortlaut an. Die fossile Infrastruktur wird hier bis in die 2040er in Zement gegossen. Falls nicht, so haben wir es hier mit einer "Investitionsruine" zu tun, wie die FAZ treffend titelte.⁸ , So sollten die 2,5 Milliarden Euro eher in eine stärkere Anwerbung von technischen Fachkräften, notfalls aus dem Ausland, einhergehend mit unbürokratischen Rahmenbedingungen für dezentrale regenerative Energien, zu investiert. werden.

Unterzeichnende der Petition fürchten neben einer Chlorvergiftungen innerhalb eines Reservats der UNESCO und der Bedrohung selten gewordener Fischbestände auch die Bedrohung des wirtschaftlich entscheidenden Tourismus auf einer Insel, welche "außer ihrer guten Gastgeberschaft" keine wirtschaftlichen Optionen habe .

Die Annahme, dass LNG-Terminals ebenfalls wirtschaftliche Optionen schaffen würden, ist zu verneinen. Die Terminals würden, wenn denn diese sinnlose und unwahrscheinliche Umstellung für die Bevölkerung funktioniert, einen wirtschaftlichen Niedergang nur um eine Generation hinauszögern.

Abschließend sollte gesagt sein, dass die SPD ihre ideale Hauptrolle in der sozial-ökologischen Transformation hier entscheidend verspielt.

Es ist in der Öffentlichkeit durchaus sichtbar, dass GRÜNE und SPD gerade aufgrund ihrer Schnittmengen konkurrieren, wo sie sich eigentlich ideal ergänzen könnten. Die GRÜNEN als Treiber der Klimawende. Die SPD als die soziale Übersetzung eben jener. Mit dieser Option wurde der Politologe und stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Grundwertekommission Wolfgang Schröder in der taz zur ersten Maiwoche zitiert.⁹

Unser Appell an "Klimakanzler" Scholz

Wir verstehen die Hintergründe (wohlgemerkt erst nach Eigenrecherche), die sie als Politiker dazu bringen, diese Vorhaben mitzutragen. Als solcher müssen sie den Wähler*innen zumindest deutlich machen, warum sie dies tun. .

Wenn sie neue fossile Infrastruktur aufgrund internationaler Sicherheit und innenpolitischer Versorgung mittragen, bedenken sie die Opfer für uns als jüngere Generationen. Sonst hinterlassen sie uns sowohl schwer zahlbare ökonomische Schulden, als auch schmerzhaft zu zahlende ökologische Schulden, sowie einen weiteren Vertrauensbruch der SPD.

⁸ Kafsack, Hendrik (04.07.2022): Der EU drohen bei LNG-Terminals Investitionsruinen in Milliardenhöhe. (FAZ). Online verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/der-eu-drohen-bei-lng-terminals-investitionsruinen-in-milliardenhoehe-18147307.html>

⁹ Lehman, Anna & Schulze, Tobias(29.04.2023): Sie sind sich nicht mehr grün. In: wochentaz vom 29.04-05.05. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Stimmung-in-der-Ampel-Koalition/!5929003/>